



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère des Affaires étrangères
et européennes

Deutsches Forum Sicherheitspolitik 2019
Eine neue Weltordnung – Was wird aus Deutschland, was aus Europa?

Keynote / Eröffnungsrede von Jean ASSELBORN
Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten,
Minister für Immigration und Asyl Luxemburgs

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS)
Berlin, 21. Oktober 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

Ich freue mich sehr, zum ersten Mal dabei zu sein beim Deutschen Forum Sicherheitspolitik, und hoffe Ihnen einige Denkanstöße und Ideen mit auf den Weg geben zu können, die zweifellos heute Nachmittag von Ministerpräsident Armin Laschet ergänzt werden.

Zu allererst möchte ich der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und Ihrem ehemaligen Präsidenten, Dr. Karl-Heinz Kamp, herzlichst für die Einladung danken. Dr. Kamp hat die BAKS nach sechs Jahren, vier davon als Präsident, vor Kurzem verlassen und hat nun eine neue Aufgabe in der Politischen Abteilung des Bundesministeriums der Verteidigung angenommen.

In dem Zusammenhang will ich auch Botschafter Ekkehard Brose gratulieren, der seit dem 1. Oktober die BAKS leitet. Ich wünsche Ihnen viel Freude an Ihrer neuen Verantwortung.

„Eine neue Weltordnung - Was wird aus Deutschland, was aus Europa?“

Viele unserer Mitbürger stellen sich diese Frage, in einer Zeit, die von Nervosität, Unvorhersehbarkeit und Unsicherheit geprägt ist.

Prinzipien und Werte, die wir lange Zeit für selbstverständlich hielten, werden zunehmend in Frage gestellt, vor allem von Seiten von autokratischen Akteuren. In einem seiner ersten Texte als Präsident der BAKS beschreibt Botschafter Brose, wie es über den Atlantik hinweg schrillt: „In der Welt zählt allein Stärke und jeder ist sich selbst der Nächste“. Hört man Präsident Trump in New York zu, dann sollte der Begriff „Multilateralismus“ durch den Begriff „Patriotismus“ ersetzt werden. Eine Irrfahrt gegen die internationale Zusammenarbeit.

Die **internationale Stabilität** wird zunehmend fragiler, sei es durch die schrecklichen Kriege, die weltweit wüten – wie in Syrien, Jemen, oder durch Spannungen zwischen Staaten, die gewaltiges Explosionspotential besitzen – wie im Persischen Golf. Hinzu kommen der Impact der Migration auf globale Sicherheitsfragen; die Schwächung der internationalen Sicherheitsarchitektur durch die Abkehr von langjährigen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsverträgen; die immer stärker in den Vordergrund rückende Klimakrise; der technologische Fortschritt, dem die Politik hinterherhinkt; und die Kehrseite der Globalisierung, die zu viele wirtschaftliche Verlierer und zu wenige Gewinner hervorgebracht hat.

Gerade in der Zeit, in der wir am stärksten auf kollektive Lösungen für die globalen Herausforderungen angewiesen sind, geraten die internationalen Organisationen, in welchen solche Lösungen verhandelt werden könnten, zunehmend unter Beschuss. Das ist kein Zufall.

Aus der Perspektive Luxemburgs, das nicht zu den größten Staaten Europas und der Welt zählt, ist uns folgendes Sprichwort wohl bekannt: Wenn sich die Elefanten bekämpfen, wird das Gras zertrampelt!

Diese Weisheit macht Sinn im Kontext einer internationalen Unordnung, in welcher nur das Recht des Stärkeren gelten würde. Man kann es aber auch auf einzelne Gesellschaften extrapolieren, überall dort, wo extreme Ungleichheiten von Macht und Reichtum vorherrschen.

In dieser Lage ist **ein starkes und gerechtes Europa** doppelt unabdingbar: einerseits, weil wir das Ziel unserer globalen Strategie definiert haben als den Erhalt unserer Werte durch positive internationale Zusammenarbeit; andererseits auch, weil Europa für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit eintritt und die Rechte und die Würde jedes Einzelnen zu schützen sucht.

Dieses europäische Modell des internationalen Rechtsstaates – „rule of law“, „rules-based international order“ – ist ein feierliches Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger Europas, aber auch an die Bürger unserer direkten Nachbarschaft im Süden und im Osten, und darüber hinaus. Es ist der Glaube, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte für eine nachhaltige Politik und Wirtschaft unverzichtbar sind, und dass sie friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften hervorbringen, entsprechend den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass dieses europäische Modell aus dem Innern der Europäischen Union angekratzt oder gar verunstaltet wird. EU-Mitgliedstaaten, die den Kopenhagener Kriterien von 1993, also den Regeln der europäischen Demokratie-Kultur zuwiderhandeln, müssen aufgefordert werden, sich schnellstens wieder einzufügen. Wir müssen uns resolut gegen diese gefährliche Tendenz wehren, im Zusammenspiel mit der Europäischen Kommission, der Hüterin der Verträge. Denn wenn wir Europäer uns von unseren Werten verabschieden, verliert die Europäische Union ihre Seele, ihre Ausstrahlung und ihre Anziehungskraft.

Wenn dieses europäische Modell des internationalen Rechtsstaates inakzeptabel ist in den Augen von Autokraten, die ihre Macht dazu benutzen, um sich auf Kosten ihrer Bevölkerung zu bereichern, und ihren Reichtum einsetzen, um ihre Macht wiederum zu festigen, so gibt es in der EU keine Optionen zur Flexibilisierung des Rechtsstaates.

Die Exzesse der Globalisierung, der Missbrauch von Macht und Reichtum gilt es zu bekämpfen, denn sie sind zentrale Gründe für die Untergrabung der liberalen internationalen Ordnung.

Erlauben Sie mir, diesen Begriff kritisch zu hinterfragen: die sogenannte „liberale internationale Ordnung“, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, war in Wirklichkeit weder ganz liberal, noch ganz international, von Ordnung gar nicht zu reden. Das leuchtet jedem ein, der sich die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. und des frühen 21. Jahrhunderts vor Augen führt.

Das heißt nicht, dass die Ideale der Charta der Vereinten Nationen, die vor fast 75 Jahren in San Francisco unterschrieben wurde, gescheitert wären. Ihr grundlegendes Versprechen vom Glauben an „die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein“ bleibt unverändert. Das Gleiche gilt für die Zielsetzung „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“.

Es ist vielmehr ein Versagen der Realpolitik, die uns hat glauben lassen, dass eine bipolare oder unipolare Welt zu Gerechtigkeit für alle führen kann; dass grenzenloses Wirtschaftswachstum möglich ist auf einem Planeten mit begrenzten Rohstoffen. Diese Tendenzen waren immer Teil der sogenannten „liberalen internationalen Ordnung“, aber die neuen autoritären Machthaber – man findet sie auf allen Kontinenten – scheinen keinerlei Vorbehalte mehr zu haben, wenn es darum geht nationale oder persönliche Interessen durchzusetzen.

Hier sollte man natürlich nicht alle sogenannten „starken Männer“ über einen Kamm scheren: manche suchen nicht das regelbasierte internationale System zu zerstören, sondern es lediglich strategisch abzuschwächen. Sie wehren sich nicht gegen die Existenz der Vereinten Nationen, sondern gegen die fortschrittlichsten internationalen Anstrengungen, die sie als Bedrohung ihrer Macht ansehen. Der Menschenrechtsrat, das Übereinkommen von Paris, der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und andere Organisationen und Abkommen stehen auf der Abschussliste. Die multilaterale Arbeit, die darin besteht, gemeinsam Lösungen auf immer komplexere Probleme zu finden, wird damit maßgeblich erschwert.

Erlauben Sie mir, dies anhand des Beispiels der **Migration** zu illustrieren.

Die Auswirkungen der Migration auf die allgemeine Sicherheitspolitik sind zu einem zentralen Thema geworden, besonders in Europa, auch hier in Deutschland. Sicherlich hat die Migrations- und Flüchtlingsproblematik schon früher eine Rolle im diplomatischen Krisenmanagement gespielt. Man denke nur an die Flüchtlingswellen und Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg, oder die Auswanderungsbewegungen vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Trotz dieser historischen Erfahrungen in Europa reagieren Politik und Bevölkerung in manchen Teilen unseres Kontinents heutzutage aber viel gefühlsbetonter, und manchmal unüberlegter, wenn es um die rezenten Migrationstendenzen geht.

Es ist in letzter Zeit, und vor allem seit dem „Migrationssommer“ von 2015, viel diplomatisches Porzellan zerbrochen worden. Es ist deshalb umso wichtiger, den allgemeinen Kontext wiederherzustellen und vor allem Vorsicht beim Missbrauch verschiedener Ausdrücke und Vokabeln walten zu lassen. Apokalyptisches Gebären um „Bevölkerungsaustausch“ und die „Verteidigung des christlichen Abendlandes“ bringen uns in dieser Debatte keinen Schritt weiter, ganz im Gegenteil.

Dabei geht es nicht darum, berechnete Fragen und Sorgen der Bevölkerung zur Seite zu schieben. Aber es ist die Aufgabe einer jeden demokratischen Politik, die populistischen Auswüchse der letzten Jahre in ihre Schranken zu verweisen. Denn die Auswirkungen der Migrationsdebatte auf die allgemeine Sicherheit beziehen sich auf mindestens zwei Faktoren: die äußeren Tatsachen, und die innere Meinungsbildung. Beide Faktoren haben einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Gestaltung des politischen Diskurses und der außenpolitischen Antwort auf diese Fragen. Klaffen Wirklichkeit und Analyse zu sehr auseinander, oder wird die Komplexität einer internationalen Herausforderung durch populistische Kurzschlussreaktionen untergraben, wächst der Unsicherheitsfaktor für alle Betroffenen.

Das Unvermögen der EU-Staaten, einen tragbaren Konsens in der Flüchtlings- und Migrationsfrage herzustellen, ist nicht bloß ein Armutszeugnis für jene, die sich der vertraglich eingeforderten Solidarität verweigern. Es hat auch einschneidende Konsequenzen für die Schutzsuchenden und die internen demokratischen Strukturen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

In diesem Sinne ist es von höchster Bedeutung, die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft um den Multilateralismus zu stärken, zu unterstützen. Es ist der Organisation der Vereinten Nationen hoch anzurechnen, dass sie sich trotz aller widrigen Umstände dazu entschlossen hat, in dem Moment, als die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit in Migrationsfragen am Dringendsten erschien, die Verhandlung von zwei neuen Instrumenten auf die Tagesordnung zu setzen: den globalen Flüchtlingspakt und den globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Beide Dokumente, die vor knapp einem Jahr im Dezember 2018 von den meisten UNO-Mitgliedstaaten angenommen wurden, sind wichtige Zeichen dafür, dass eine transnationale Frage wie Migration nur in einem international geregelten Rahmen mit Erfolg verhandelt werden kann. Es ist umso unverständlicher, dass einige EU-Länder - darunter auch solche, die unmittelbar von der Problematik betroffen sind - sich dieser Einsicht versperren und ihre Zustimmung zum Migrationspakt verweigert haben.

Auch der **Klimawandel** wird sich in den kommenden Jahrzehnten auf die Migrationsfrage und die damit verbundenen Sicherheitsbedenken auswirken. Es ist deshalb höchste Zeit, einen inhaltlich grundierten Dialog zwischen Herkunfts-, Transit- und Ankunftsändern anzustreben, der alle Hebel in Bewegung setzt: den politischen und Sicherheitsdialog, die Verhandlung von bilateralen Abkommen, ebenso wie Maßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Am kommenden 17. Dezember tagt in Genf das erste Globale Flüchtlingsforum, dessen Aufgabe es ist, den UNO-Flüchtlingspakt umzusetzen. Es kann dies eine Blaupause werden für anderweitige Bemühungen, zum Beispiel für die Internationale Organisation für Migration, die für den UNO-Migrationspakt und dessen Vernetzung im System der Vereinten Nationen zuständig ist.

Wenn wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen wollen, führt kein Weg an einer verstärkten Zusammenarbeit auf internationaler Ebene vorbei.

Das gilt auch für die **Abrüstung**. Die Absage an den Multilateralismus hat auch hier negative Konsequenzen. Der nationale Egoismus, gepaart mit der weltweiten Aufrüstung, erhöht die Gefahr von Konflikten und Krisen. Dabei gibt es Beispiele aus der Vergangenheit, wie man die Eskalationsgefahr mindern kann.

Wenn wir zurückblicken, sehen wir deutlich, dass wir schon einmal in einer Situation der globalen Aufrüstung waren. Der Kalte Krieg war geprägt durch die allgegenwärtige Gefahr eines Konfliktes mit planetaren Auswirkungen. Die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe war um ein Mehrfaches höher als heute. Das Vertrauen zwischen Ost und West war quasi inexistent.

Die Antwort die damals gefunden wurde lag in den Abrüstungsverträgen der 1970er und 1990er Jahre. Diese Verträge waren verantwortlich für eine substantielle Verbesserung der internationalen Beziehungen und garantieren heute noch teilweise unsere Sicherheit.

Wäre es möglich, die Erfolgsrezepte von damals in der heutigen Situation anzuwenden und damit eine sicherere Welt für alle zu schaffen? Ich persönlich bin fest davon überzeugt, wenn der nötige politische Willen vorhanden ist.

Über Jahrzehnte hinweg waren die Verantwortlichen der Sowjetunion sowie eine Reihe von US-Präsidenten, Republikaner und Demokraten, davon überzeugt, dass es in ihrem nationalen Interesse sei, sich mit der gegnerischen Seite über gemeinsame Regeln und Beschränkungen Ihrer Waffensysteme zu einigen. Man erinnere sich nur an den historischen ersten START-Vertrag, den „Strategic Arms Reduction Treaty“, der 1982 von Ronald Reagan initiiert und im Juli 1991 von George Bush und Michail Gorbatschow in Moskau unterschrieben wurde. Der Vertrag legte eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen auf je 1600 Trägemittel und 6000 Sprengköpfe fest. Von den 6000 Sprengköpfen durften nicht mehr als 4900 auf ballistischen Raketen montiert sein.

Neben den offensichtlichen finanziellen Gründen, gab es auf beiden Seiten die feste Überzeugung, dass die Stabilität der internationalen Beziehungen eine Priorität der nationalen Außenpolitik war.

Wenn man sich die Politik der heutigen Akteure anschaut, dann hat man eher das Gefühl, dass jeder für sich davon überzeugt ist, das internationale Geschehen in seine Richtung lenken zu können. Jeder glaubt, den Aufrüstungswettlauf oder den Wettlauf um die technologische Vormachtstellung gewinnen zu können. Die positiven sicherheitspolitischen Aspekte multilateraler Verträge scheinen leider immer weniger in den Köpfen der politischen Entscheidungsträger präsent zu sein.

Wir sind froh, dass Deutschland in dieser Frage eine Vorreiterposition eingenommen hat. „Capturing Technology. Rethinking Arms Control“ war eine Konferenz, die im März dieses Jahres hier in Berlin organisiert wurde. Neben Heiko Maas waren auch meine Kollegen aus den Niederlanden und Schweden dabei und haben in einer politischen Deklaration auf die Wichtigkeit der Rüstungskontrolle, der Abrüstung und der Nicht-Verbreitung hingewiesen.

Luxemburg unterstützt dies mit ganzem Herzen. Wir müssen alles daransetzen, die Bedeutung dieser Thematik wieder in den Vordergrund zu rücken.

Die Realität zeigt uns, dass man mit moralischen und ethischen Argumente alleine nur wenige Länder zu mehr Engagement in dieser Frage bewegen kann. Wir müssen uns wieder daran erinnern, dass die Erfolge der Vergangenheit auf strategischen und sicherheitspolitischen Überlegungen beruhten. Wir müssen daran appellieren, dass das gegenseitige Einschränken und Kontrollieren von Waffensystemen im ureigenen Interesse aller Nationen ist.

Dem Ressort der Abrüstung und der Rüstungskontrolle unterstanden früher eine Vielzahl an Experten. Es war eine klare Priorität der Großmächte, in diesem Bereich gut aufgestellt zu sein. Diesen Stellenwert hat dieses Ressort heute nicht mehr, sein Personalstand wurde über die Jahre immer geringer. Heute reicht das Personal gerade noch, um die bestehenden Verträge einzuhalten. Ich bin mir nicht sicher, wie viele Staaten heute im Stande wären, neue und umfassende Verhandlungen im Bereich der Rüstungskontrolle zu beginnen.

An dieser Stelle möchte ich unterstreichen, dass dieses Manko von einigen Ländern erkannt wurde. Ende September haben Deutschland und Frankreich zum Beispiel eine gemeinsame, praktische Übung zur Verifizierung nuklearer Abrüstung abgehalten. Wir brauchen solche Initiativen, um europäische Expertise aufzubauen und bereit zu sein, wenn neue internationale Verhandlungen anstehen.

So viel wir von der Vergangenheit lernen können, so wichtig ist es aber auch zu erkennen, dass die Welt sich verändert hat.

Die Welt ist nicht mehr bipolar: es gibt mehr als nur zwei Akteure, die einen erheblichen Einfluss auf die internationale Sicherheit haben. Die Rüstungsausgaben von China sind 2019 wieder um 7,5% gestiegen, Indien und Saudi-Arabien gehören zu den größten Waffenimporteuren der Welt und mehr als 30 Länder besitzen heute ballistische Raketensysteme.

Wenn man also die Idee der Deeskalation durch Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben will, ist es heutzutage unumgänglich, ein breites und multilaterales Abkommen anzustreben, in dem so viele Länder wie möglich mit einbezogen sind. Staaten werden eher bereit sein, Einschnitte zu akzeptieren, wenn sie wissen, dass der Nachbar oder der regionale Rivale die gleichen Regeln beachten muss.

Die Tatsache, dass ein breiteres multilaterales Instrument gebraucht wird, bedeutet nicht, dass die bestehenden bilateralen Abkommen ihre Gültigkeit verloren hätten. So ist der **New-START-Vertrag** zwischen den USA und Russland einer der wichtigsten Abrüstungsverträge, der uns noch bleibt. Er wurde im April 2010 von den Präsidenten Obama und Medwedew in Prag unterschrieben und hat eine Reduzierung der strategischen Atomwaffen auf je 1550 Sprengköpfe und 800 Trägersysteme bewirkt. Es ist unabdingbar, dass dieser Vertrag über das Jahr 2021 hinaus verlängert wird. Alles andere wäre ein weiterer gefährlicher Schritt in die falsche Richtung.

Die Sicherheit Europas steht auf dem Spiel. Das wurde wieder offensichtlich, als trotz aller Bemühungen unsererseits Russland und die Vereinigten Staaten am 2. August dieses Jahres den **INF-Vertrag** außer Kraft setzten. Dieser Vertrag, der im Dezember 1987 von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow in Washington unterschrieben wurde, hatte zwei Kategorien von Nuklearwaffen abgeschafft: Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000 km und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1000 bis 5500km. Seine Aufkündigung darf nicht zur Folge haben, dass ein neues Wettrüsten entsteht, mit dem Risiko, dass Europa wieder zum Schauplatz eines nuklearen Schlagabtausches werden könnte.

Wir müssen auch der raschen technologischen Entwicklung Rechnung tragen. Im Bereich der Rüstungskontrolle reicht es nicht mehr, Panzer, Sprengköpfe oder Raketen zu zählen.

Vielmehr müssen wir uns Gedanken machen, wie wir gemeinsame Regeln in den Bereichen Cybersicherheit, künstliche Intelligenz und Weltraumtechnologie aufstellen können.

Meine Damen und Herren,

In Abrüstungsfragen und in der **Außenpolitik im Allgemeinen** ist die Europäische Union gefordert, um ihren Beitrag zu leisten und als geschlossener Akteur ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen. Deshalb möchte ich abschließend noch einige Überlegungen anstellen zur Bedeutung der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU**, der sogenannten **GASP**.

Ich habe vorhin die Schwächung des Multilateralismus und der Rechtsstaatlichkeit erwähnt. Partner, die diese Säulen der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg traditionell unterstützt haben, tragen sie jetzt nicht mehr mit oder gefährden sie gar. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass die EU ihr auswärtiges Handeln intensiviert und besser koordiniert.

„Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen“. Der Satz stammt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, im Jahre 2017. 2018 hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die EU dazu aufgerufen, „weltpolitikfähig“ zu werden und mehr für ihre Sicherheit zu tun, im Einklang mit der NATO selbstverständlich. Deutschland und Frankreich, als traditioneller „Motor der europäischen Integration“, fällt eine besondere Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur zu. Nach dem Brexit wird ihre Verantwortung noch größer.

Der Vertrag von Lissabon, der vor fast 10 Jahren in Kraft getreten ist, hat eine bedeutende Stärkung der GASP bewirkt. Es wurden spezifische und robuste Verfahren, Entscheidungsgremien und zivil-militärische Institutionen für das internationale Krisenmanagement geschaffen. Es stellte einen bedeutenden institutionellen und qualitativen Fortschritt dar für die GASP, einschließlich der Integration einer gemeinsamen Verteidigungspolitik.

Im Verteidigungsbereich hat es positive Entwicklungen gegeben. Im Dezember 2017 wurde unter dem Impuls von Deutschland und Frankreich die **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**, kurz **PESCO** genannt, ins Leben gerufen. Sie schließt zurzeit 25 Mitgliedstaaten ein. 34 Projekte werden in diesem Rahmen durchgeführt.

Aber wurde das Potenzial der GASP tatsächlich ausgeschöpft? Wir können sicherlich mehr tun. Die Bildung der neuen Europäischen Kommission bietet die Gelegenheit, die Lehren aus der Umsetzung des Vertrags von Lissabon zu ziehen und die Außenpolitik der EU konkret zu stärken und wirksamer zu gestalten.

Drei Prioritäten gilt es umzusetzen:

1. Die Befugnisse des Hohen Vertreters und Vizepräsidenten der Kommission müssen uneingeschränkt ausgeübt werden können. Die Mitgliedstaaten sollten Josep Borrell den notwendigen Raum geben, um die EU in den internationalen Beziehungen sichtbarer und hörbarer zu machen. Vielleicht täten wir gut daran, uns von der Methode von Michel Barnier in den Brexit-Verhandlungen inspirieren zu lassen.

2. Wir brauchen eine bessere Koordinierung zwischen den Ressorts, die Auswirkungen auf das auswärtige Handeln der EU haben. Ob Sanktionen, Entwicklungszusammenarbeit, Handelsbeziehungen, militärische oder zivile Krisenmanagement-Operationen: die EU verfügt über eine Vielzahl an Instrumenten, die es ihr ermöglichen, global zu handeln. Dies stellt angesichts der zunehmenden Komplexität der internationalen Sicherheitsherausforderungen einen erheblichen Mehrwert dar. Allerdings müssen wir diesen verschiedenen Instrumenten mehr Kohärenz verleihen, um die Gesamtwirkung zu verbessern.

3. Die Solidarität und Loyalität der Mitgliedstaaten muss gewährleistet sein. Die Mitgliedstaaten sollten durch ihr nationales Handeln die gemeinsame Aktion der EU nicht behindern.

Diese drei Prioritäten bringen mich zur Frage, die auch in Deutschland viel diskutiert wird: die Frage der **Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit**.

Vorletzte Woche hat ein Mitgliedstaat eigenhändig eine EU-Erklärung verhindert und somit die Europäische Union sprachlos gemacht, als sie die Türkei vor einem Einmarsch in Syrien warnen wollte. Die Warnung konnte nicht kommen, weil Ungarn sich dagegen aussprach, mit der etwas dürftigen Erklärung, es sei nicht an der Zeit, ein derartiges Statement abzugeben! Dafür hat Herr Erdogan Herrn Orban letzte Woche in Baku gedankt.

Die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit könnte die Beschlussfassung beschleunigen. Dies könnte es der EU leichter machen, proaktiv zu sein, anstatt nur auf Krisen zu reagieren. Es würde außerdem den Einfluss von Drittländern auf die Entscheidungsfindung in der EU verringern. Man muss sich allerdings auch bewusst sein, dass die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit Risiken birgt: das Risiko zum Beispiel, dass die überstimmten Mitgliedstaaten keine Ressourcen zu einer mit qualifizierter Mehrheit beschlossenen EU-Operation beitragen würden.

Da Einstimmigkeit erforderlich ist, um zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit über zu gehen, mache ich mir keine Illusionen, dass es hier bald eine Änderung geben wird. Es wäre auch vermessen zu glauben, dass die qualifizierte Mehrheit ein Allheilmittel wäre, um die europäische Außenpolitik zu stärken. Die EU ist und bleibt am stärksten, wenn alle Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen, im **Konsens** agieren und zusammenhalten. Es ist an uns Europapolitiker, diesen Konsens herbeizuführen, auch wenn es viel Kraft, Mühe und Geduld verlangt.

Letzte Woche in Luxemburg, im Rat für auswärtige Angelegenheiten, hat die EU sich im Konsens darauf geeinigt, das **militärische Vorgehen der Türkei im Nordosten Syriens** zu verurteilen. Es wurde auch vereinbart, dass die EU-Mitgliedstaaten das Kriterium der Stabilität in der Region strikt applizieren, wenn es um Rüstungsausfuhren in die Türkei geht. Folglich werden diese Ausfuhren gestoppt.

Die türkische Militärintervention im Nordosten Syriens ist Sinnbild für die Missachtung der internationalen Rechtsordnung, die ich angesprochen habe.

Es handelt sich um eine unilaterale Entscheidung der türkischen Regierung, eine höchst instabile Region anzugreifen, die ein erhebliches Explosionsrisiko birgt. Neben den zivilen Opfern, die es jetzt schon zu beklagen gibt, besteht zusätzlich die Gefahr, dass die schätzungsweise 10.000 ehemaligen Kämpfer des IS in den Gefangenenlagern vom Chaos profitieren und die Flucht ergreifen.

Unter dem Deckmantel der „Selbstverteidigung“ werden hier vor unseren Augen nationalistische Ziele verfolgt, mit weitreichenden Konsequenzen für die globale Sicherheit, auch für unsere Sicherheit in Europa. Lassen sie es mich klar sagen: Diese militärische Invasion hat nichts mit Selbstverteidigung zu tun. Mir konnte bis jetzt noch niemand sagen, welche konkreten Angriffe es auf die Türkei aus dem von syrischen Kurden verwalteten Grenzgebiet östlich des Euphrats in den letzten drei Jahren gegeben haben soll.

Es handelt sich um eine Vergewaltigung des internationalen Rechts, durch eine missbräuchliche Auslegung des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen.

Die EU ist kein militärischer Akteur im Syrien-Konflikt. Wir spielen keine Rolle in den Gesprächen zwischen den USA, der Türkei, Russland und dem Iran, wenn es um die Vereinbarung von Waffenruhen geht.

Allerdings sollten wir weiterhin resolut für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Hilfszufuhr in Syrien eintreten, und weiterhin die Vereinten Nationen unterstützen bei ihren Bemühungen um einen glaubwürdigen politischen Prozess zur Befriedung Syriens.

Die EU operiert hier nicht mit Kampfflugzeugen, sondern mit Diplomatie, mit Sanktionen, mit humanitärer Hilfe und mit Maßnahmen zum Kampf gegen die Straflosigkeit für die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit März 2011 in Syrien begangen wurden.

Das ist der Mehrwert der EU in vielen Krisen. Ist es Weltpolitikfähigkeit? Ich lasse die Frage gerne offen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.